

Beschluss

„Handwerk mit Zukunft“

Das Handwerk ist einer der wichtigsten Pfeiler der deutschen Wirtschaftsordnung. Mit über 520.000 jungen Menschen finden hier rund ein Drittel aller Lehrlinge den Einstieg in das Berufsleben. Die Ausbildungsbereitschaft liegt mit 10 Prozent um gut das Dreifache über dem Durchschnitt. Mit einem Umsatz von rund 417 Mrd. Euro in 2002 leistet das Handwerk einen wesentlichen Beitrag zur Wertschöpfung unserer Volkswirtschaft. Gut 5,3 Millionen Arbeitsplätze und rd. 580.000 handwerklichen Unternehmen sind die Grundlage für viele Tausende Familien in unserem Land.

Trotz dieser positiven Rahmendaten ist auch das Handwerk von der allgemein katastrophalen Wirtschaftslage unseres Landes betroffen. Umsatzrückgänge, Insolvenzen und rückläufige Beschäftigtenzahlen machen auch vor diesem bislang erfolgreichen Wirtschaftszweig nicht halt.

Der entscheidende Grund für die Talfahrt liegt in der verfehlten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Kein anderer Bereich des Mittelstandes hat in den letzten Jahren stärker unter den wirtschaftspolitischen Fehlern von Rot-Grün leiden müssen und trotzdem seine gesellschaftlichen Aufgaben wahrgenommen.

Wie die rot-grüne Bundesregierung derzeit mit den 580.000 Handwerksbetrieben in unserem Land umgeht, ist unverantwortlich. Unter dem Deckmantel der Entbürokratisierung und um sich den Anschein des Reformeifers zu geben schüttet die Bundesregierung mit ihren Plänen zur Novellierung Handwerksordnung das Kind mit dem Bade aus. Hier werden Opfer zu Tätern gemacht. Die Pläne des Bundeswirtschaftsministers sind gleichermaßen Zeichen mangelnden Sachverstands und eine eklatante Missachtung gegenüber den ökonomischen wie gesellschaftlichen Leistungen des Handwerks.

Angesichts der dramatischen Entwicklung der Ausbildungsstellen für junge Menschen, brauchen wir gerade jetzt nichts dringender als die hohe Motivation der Handwerksmeister. Sie haben in der Vergangenheit die Hauptlast der betrieblichen

Ausbildung in unserem Land getragen. Umfragen zeigen: Wenn der Bundeswirtschaftsminister in der jetzigen Situation seine Pläne durchsetzt, drohen dramatische Ausbildungsplatzverluste.

Die Politik konnte sich in der Vergangenheit hier immer auf die Handwerksbetriebe verlassen. Umgekehrt muss das gleiche gelten.

Deshalb fordert die MIT NRW:

1. Jede Reform der Handwerksordnung, die zu weniger nachhaltiger Beschäftigung oder zu weniger Ausbildungsplätzen führt, ist abzulehnen
2. Wir brauchen moderne, flexible und europafeste Regelungen für ein zukunftsfähiges Handwerk. Das bedeutet für uns insbesondere:

- Erhalt des Meisterbriefes mit drei Kriterien: über-durchschnittliche Ausbildungsleistung, Gefahrengeneigntheit und Schutz wichtiger Gemeinschaftswerte (Gesundheit, Umwelt, Verbraucher, technischer Gefährdungsschutz).
- Regelmäßige Revision der neuen Regelungen
- Qualitätssicherung
- Wegfall der Wartefrist vor der Meisterprüfung. Jeder Geselle, soll zu den Prüfungen zugelassen werden, sobald er sich für ausreichend qualifiziert hält.
- Aufgabe des Inhaberprinzips in der jetzigen Form
- keine „Existenzgründung light“
- Beschränkung der Ich-AGs auf handwerkliche Tätigkeiten der Anlage B
- Modernisierung und Attraktivitätssteigerung der Meisterprüfung
- Berufsanerkennung erleichtern
- Unerheblichkeitsgrenze transparent gestalten
- Verfahren beschleunigen, Bürokratie abbauen

Beschluss:

Die 7. Landesdelegiertenversammlung der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung beschließt Antrag A3 des Landesvorstandes ohne Gegenstimmen bei wenigen Enthaltungen.